

Wie die Parteien ticken

Die Meinungen der Kandidaten für den Kantonsrat zu einzelnen Themen formen die politische Landschaft

Die Politik im Kanton Zürich hat sich in den letzten Jahren weiter polarisiert. Das äussert sich besonders deutlich in Fragen der Sozialhilfe und der Energie. Zu anderen Themen sind mehr Schattierungen zu erkennen.

Stefan Hotz

In der Endphase des Wahlkampfes sind die Köpfe omnipräsent, auf Plakaten, Flugblättern und in Inseraten. Doch am 12. April geht es auch darum, wie in den nächsten Jahren zentrale Sachfragen im Kanton Zürich angepackt werden. Eine Möglichkeit, die politische Landkarte

ZÜRCHER WAHLEN 2015

Kantonsratswahl vom 12. April

thematisch ein wenig auszuleuchten, bieten die Antworten im Rahmen der Wahlhilfe Smartvote. 1306 oder 75 Prozent aller Kandidatinnen und Kandidaten für den Kantonsrat haben ein Smartvote-Profil ausgefüllt. Diese hohe Beteiligung erlaubt einigermaßen verlässliche Rückschlüsse auf die vorherrschende Haltung in der jeweiligen Partei. Immerhin bildet die Auswertung die Meinung von Personen ab, die bereit waren, sich auf eine Liste setzen zu lassen. Für die vorliegende Auswertung der NZZ wurden vier Fragen ausgewählt, die in der nächsten Legislatur zu Reden geben werden.

Vorbehalt gegen SVP-Position

In den letzten Monaten avancierte die Sozialpolitik, die früher primär die grossen Städte beschäftigte, zu einem brennenden Thema im übrigen Kanton. Aus Zentrumsgemeinden ertönt der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung des Kantons an den Sozialkosten. Von rechts steigt der Druck, Unterstützung nur noch unter restriktiven Bedingungen zu gewähren. Im Fokus sind die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Sowohl der Regierungsrat wie die kantonale Sozialkonferenz halten an ihnen fest, erachten aber einzelne Anpassungen als nötig.

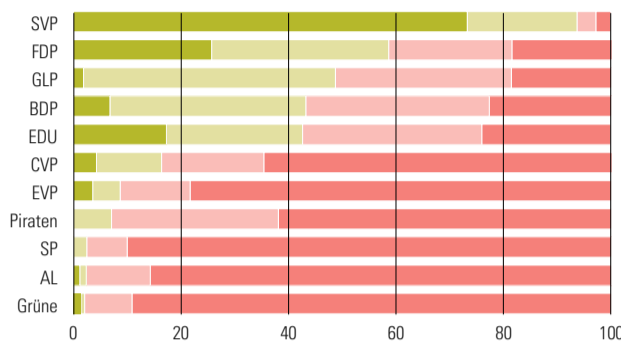
Die Frage, ob in der Zürcher Sozialhilfe tiefere Ansätze als von der Skos empfohlen angewendet werden sollen, polarisiert ausgesprochen stark. Die Grafik (oben links) zeigt aber auch, dass nur in der SVP, die diesen Ruf erhob, die Meinungen gemacht sind. Zwar findet die Forderung grundsätzlich auch in FDP, GLP, BDP und EDU zwischen 40 und 60 Prozent Zustimmung. Doch davon antwortete jeweils mehr als die Hälfte – in der GLP sind es fast alle – relativ unbestimmt nur mit «eher ja». Auch zeigt sich, weshalb das Thema Skos für die FDP eine Zerreihsprobe ist. Ihre Kandidaten verteilten die Antworten nahezu gleichmässig auf alle vier angebotenen Möglichkeiten.

Deutlich ist das Gefälle bezüglich der Ausgestaltung der Sozialhilfe zwischen der CVP, die tiefere Ansätze klar ablehnt, und dem übrigen bürgerlichen

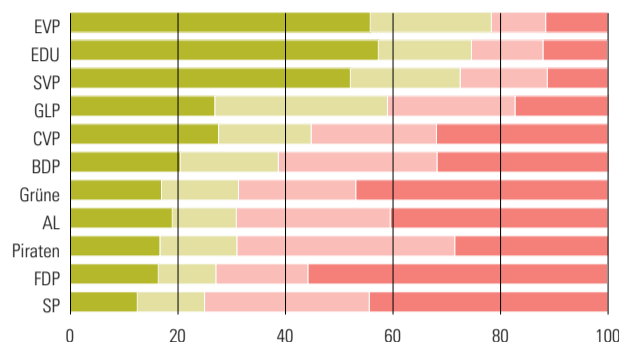
Die Haltung der Parteien zu aktuellen Fragen im Kanton

■ Ja ■ Eher Ja ■ Eher Nein ■ Nein
Anteil Stimmen in Prozent

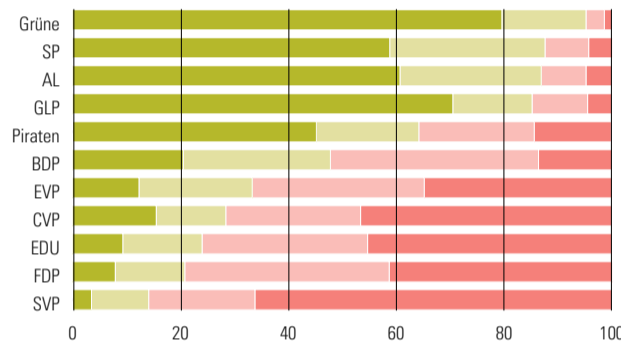
Sollen bei der Zürcher Sozialhilfe tiefere Ansätze angewendet werden als von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) empfohlen?



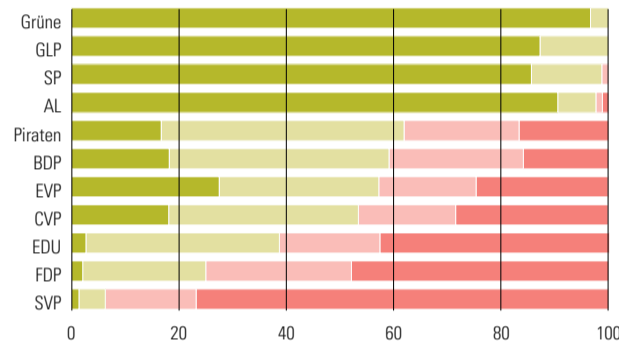
Heute werden in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet: Englisch ab der 2. und Französisch ab der 5. Klasse. Würden Sie eine Rückkehr zum Modell mit nur einer Fremdsprache auf der Primarstufe begrüssen?



Sollte mit der Umnutzung des Flugplatzgeländes Dübendorf zu einem Innovationspark der Flugbetrieb vollständig eingestellt werden?



Soll sich der Kanton Zürich für die Erreichung einer 2000-Watt-Gesellschaft einsetzen und zu diesem Zweck verbindliche Massnahmen ergreifen?



QUELLE: SMARTVOTE

NZZ-INFOGRAFIK/lea.

Lager. Die konfessionellen Parteien liegen in dieser Frage näher bei der rot-grünen Seite. Im September 2011 scheiterte in einer Volksabstimmung ein Gegenvorschlag der SVP mit fast 62 Prozent Nein-Stimmen. Er hatte sich gegen die Bestimmung gerichtet, vorläufig Aufgenommene den Vorgaben der Sozialhilfe zu unterstellen. Die Chancen der SVP, diesen Entscheid rückgängig zu machen, sind eher gering; eine parlamentarische Initiative mit diesem Ziel ist im Kantonsrat hängig.

Zweifel an 2. Fremdsprache

Eine zweite Forderung von konservativer Seite ist die Rückkehr zu einer Fremdsprache in der Primarschule. Eine entsprechende Volksinitiative aus Lehrerkreisen ist in Vorbereitung. Im November 2006, noch während der Einführung von Frühenglisch, fand dazu eine Volksabstimmung statt. Die von SVP, EVP, GLP und EDU unterstützte Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» scheiterte mit über 58 Prozent Nein-Stimmen deutlich.

Zu diesem Thema sind die Meinungen in den Parteien relativ breit gestreut. Es ist auch das einzige, in dem die SVP nicht eine der beiden Extrempositionen einnimmt: EVP und EDU lehnen die heutige Regelung, Englisch ab der 2. und Französisch ab der 5. Klasse zu unterrichten, noch deutlicher ab. Auf der anderen Seite sind Grüne und Grünliberale sowie AL vergleichsweise unentschieden. In ihnen ist die Sympathie dafür, mit der 2. Fremdsprache erst in der Sekundarschule zu beginnen, grösser als

unter den Freisinnigen. Die FDP steht fast einmütig mit der SP für den vor zehn Jahren eingeführten Fremdsprachenunterricht ein. Klar ist aber auch, dass in den nächsten Jahren noch weitere Themen der Bildung zu reden geben werden.

Rückhalt für die Fliegerei

Ein Brennpunkt bleibt in den nächsten vier Jahren zweifellos auch der Flugplatz Dübendorf, in doppelter Hinsicht. Sowohl die Absicht des Bundes, die Piste weiter zu betreiben, als auch die Pläne zur Ansiedlung eines Innovationsparks stossen auf Widerspruch. Es gibt auf beiden Seiten Versuche von Kritikern, die beiden Vorhaben gegeneinander auszuspielen. Der Bund will indes beides realisieren, was möglich ist. Der Zürcher Regierungsrat sprach sich gegen eine Fortführung des Flugbetriebs mit Flächenflugzeugen aus.

Dieser Punkt im Smartvote-Profil deckt nur einen Teil der offenen Fragen ab. Der Innovationspark wird quasi als gegeben vorausgesetzt, es geht nur darum, ob mit einer solchen Umnutzung der Flugbetrieb (bis auf eine unumstrittene Helikopterbasis) vollständig eingestellt werden soll. Hier zeigt sich, dass die BDP zwar am nächsten beim erwartungsgemäss zustimmenden rot-grünen Lager ist. Aber doch nicht so klar, wie es die zähe Opposition des früheren Parteipräsidenten und Dübendorfer Stadtpräsidenten Lothar Zörjrien gegen den weiteren Flugbetrieb vermuten liess.

Auf der anderen Seite geniesst auch in der FDP und CVP die weitere aviatische Nutzung des Geländes viel Un-

terstützung. Dabei haben im März 2013 erst SVP und EDU diese Haltung im Kantonsrat gestützt. Ein Jahr später ergab sich in der Debatte zum Richtplan ein Patt. Die SVP hat allerdings in diesem Punkt ein Problem mit ihren beiden Regierungsräten. Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker und Baudirektor Markus Kägi sind direkt mit dem Dossier beschäftigt und haben ihr Nein gegen einen weiteren Flugbetrieb in Dübendorf aus Überzeugung vertreten, und nicht nur, weil der Gesamtregierungsrat dies beschlossen hatte. Ihre Partei hingegen will unmissverständlich an der Fliegerei festhalten.

Energiepolitik polarisiert

Erneut enorm polarisierend ist die Frage nach der 2000-Watt-Gesellschaft. Dieses ehrgeizige Ziel wird primär von den Städten angestrebt. Die Katastrophe von Fukushima vor vier Jahren hat zudem auf Bundesebene zur Energiewende geführt. Im Kanton Zürich überarbeitete der Regierungsrat als Folge davon seinen Energieplanungsbericht, den der Kantonsrat jedoch zurückwies. Ausserdem stimmte das Volk Zonen für erneuerbare Energien zu.

Während das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft von den grünen Parteien unisono geteilt wird, lehnt die SVP es fast einmütig ab. Auch das Nein der FDP ist überaus deutlich. Zwischen diesen Polen bilden CVP, EVP, BDP und EDU ein mittleres Lager, das wohl den Ausstieg aus der Kernenergie will, aber derart weitgehenden Massnahmen in der Energiepolitik skeptisch gegenübersteht.

Baufirma und Unia einigen sich

Lohnstreit bei Triemli-Neubau

zac. · Die Gewerkschaft Unia und die AZ Elektro AG haben am Mittwoch eine Vereinbarung unterzeichnet, welche die Bezahlung aller ausstehenden Löhne der am Neubau des Triemli-Spitals Beschäftigten vorsieht. Dies haben die Beteiligten in einer gemeinsamen Mitteilung mitgeteilt. Die Unia intervenierte, weil mehrere Mitarbeiter der Trigon Elektro AG, eines Subunternehmens der AZ Elektro, seit Dezember keinen Lohn mehr erhalten hatten. Betroffen sind zudem noch weitere Arbeiter, die bei Hidro Mat, wiederum einem Subunternehmen der Trigon Elektro, angestellt sind. Deren Arbeitsverträge werden nun überprüft. Damit soll sichergestellt werden, dass korrekte Löhne bezahlt werden. Hidro Mat war bereits 2012 in die Schlagzeilen geraten, weil sie ihren Arbeitern auf der Baustelle der Messe in Basel keine Löhne bezahlte. Auch damals war die slowenische Firma ein Subunternehmen der Trigon Elektro, die wiederum von der AZ Elektro beauftragt worden war. In Basel ging es um 400 000 Franken – im aktuellen Zürcher Fall dürfte es sich um eine Summe im tiefen fünfstelligen Bereich handeln.

Stadt Zürich ärgert sich

Brisant ist hierbei aber, dass die Bauherrin des Triemli-Spitals das Hochbaudepartement der Stadt Zürich ist. Das Amt ärgert sich über den Vorfall, wie Sprecherin Franziska Martin sagt: «Wir sind uns bewusst, dass wir als Auftraggeber eine besondere Vorbildfunktion einnehmen.» Zumal das Amt für Hochbauten im letzten Halbjahr sämtliche Werk- und Planverträge anpasste. Die Stadt Zürich bemüht sich seit Jahren, Fälle von Lohndumping zu vermeiden. 2010 führte sie einen Verhaltenskodex ein, welchen die beauftragten Firmen unterzeichnen müssen. Dennoch ist die Stadt nicht gegen Lohndumping-Fälle gefeiert. Im Dezember 2013 beauftragte die Abteilung Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) eine deutsche Firma mit der Reinigung der Kehrichtverbrennungsanlage Hagenholz. Die polnischen Arbeiter verdienten dabei zehn Euro pro Stunde. Im Nachgang zu diesem Fall versicherte ERZ, die Richtlinien zu verschärfen. Der Stadtrat wollte solche Vorfälle zudem mit zusätzlichen Massnahmen vermeiden.

Kein Einzelfall

Im Fall beim Triemli-Spital hat die Stadt umgehend reagiert. Sie forderte die AZ Elektro AG mit einem eingeschriebenen Brief auf, die Situation zu klären, und erteilte der Trigon Elektro AG ein Baustellenverbot. Ob sie dieses nun wieder aufhebt, werde man mit der AZ Elektro als Vertragspartner klären, sagt Martin. Der jüngste Vorfall zeigt, dass die Situation auf den Baustellen mit Sub- und Subsubunternehmen äusserst unübersichtlich ist. So ist die Gewerkschaft Unia allein in den letzten zwei Monaten bei einem halben Dutzend Zürcher Baustellen eingeschritten, weil es zu Problemen mit den Arbeitsbedingungen gekommen war.

CONFISERIE SPRÜNGLI
Tradition seit 1836

ZU HÜBSCH ZUM VERSTECKEN. OSTEREIER VON SPRÜNGLI.

Unsere kunstvollen Ostereier finden Sie jetzt bei uns und auch hier: www.spruengli.ch/shop

Sprüngli